

Zweieinhalb Jahre in Guatemala – eine Menschenrechtsbeobachterin berichtet

«Mit den vielen Morden und der Straflosigkeit erhöht sich das Risiko für die Organisationen, die wir begleiten», sagt Menschenrechtsbeobachterin Laura Kleiner.

Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 18 Menschen- und Landrechtsverteidigerinnen und -verteidiger umgebracht, die Repression gegen soziale Bewegungen ist enorm. Und der guatemaltekische Präsident hat mit seiner Entscheidung, das Mandat der internationalen UN-Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) nicht mehr zu verlängern und deren Leiter nicht mehr einreisen zu lassen, eine politische Krise losgetreten. Was ist los in Guatemala? Im folgenden Interview mit Laura Kleiner suchen wir nach Antworten.

PWS: Laura, du warst rund zweieinhalb Jahre als Menschenrechtsbeobachterin bei der PWS-Partnerorganisation ACOGUATE im Einsatz. Was hat sich in dieser Zeit in Guatemala am stärksten verändert?

Laura Kleiner: Bei dieser Frage kommt mir zuerst in den Sinn, was sich alles nicht verändert hat: der Rassismus, die Ungleichheiten, die Repression gegen MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV), die Korruption der Regierung, der Terror als Mittel zur Machterhaltung.

Als ich in Guatemala ankam, trat der aktuelle Präsident Jimmy Morales an die Macht. Mit ihm festigte sich die Korruption innerhalb der Regierung und des Kongresses sogar noch mehr. Seit er an der Macht ist, in den letzten zwei Jahren, scheint die CICIG nicht mehr erwünscht zu sein. Vor meiner Ankunft wurde der damalige Präsident Otto Pérez Molina von der Bevölkerung mit Protesten und schlussendlich auch vom privaten Sektor zur Amtsniederlegung gedrängt und sitzt nun wegen Korruption in Untersuchungshaft. Im Vergleich zu den damaligen Protesten hat die Militär- und Polizeipräsenz bei den jetzigen Manifestationen stark zugenommen. Diese Militarisierung in der Hauptstadt sowie die politische Instabilität verbreiten Angst und lassen direkte und indirekte Kriegstraumata wieder wach werden. (Obwohl Otto Pérez Molina selber ein ranghoher Militär war, hatte er nicht das ganze Militär auf seiner Seite; Jimmy Morales hingegen wird von Experten als Marionette der Militärmacht bezeichnet und hat folglich das ganze Militär hinter sich.)

In Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft hat die CICIG während der letzten zwei Jahre im Kampf gegen die Korruption und Straflosigkeit Fortschritte gemacht. Dieses Jahr wurde die Staatsanwaltschaft durch die Wahl der neuen Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, welche mit einem ehemaligen hochrangigen Militär verheiratet ist und bisher noch sehr zögerlich ihrer Arbeit nachgeht, geschwächt.

Für mich persönlich hingegen verbinde ich mein erstes Jahr 2016 mit enormen Fortschritten in der Vergangenheitsbewältigung mit den Urteilen in den Fällen von [Sepur Zarco](#) (sexuelle Sklaverei), der Verhaftung von 18 ranghohen Militärs im Fall [Zona Militar 21 bzw. CREOMPAZ](#) (Massengrab mit Überresten von über 500 Toten) und dem Fall Molina Theissen (Folter, sexuelle Gewalt und gewaltsames Verschwindenlassen) sowie mit der Einleitung des Prozess zum Massaker in Las Dos Erres und der unerwarteten Fortführung des Genozidprozesses. Danach verlangsamte sich alles

erneut und die Fortführung des Prozesses zum Massaker in Las Dos Erres wurde sogar um Jahre hinausgeschoben.



Zwei MenschenrechtsbeobachterInnen warten vor dem Gericht von Zacapa, wo sie die Gefangenen von Corozal Arriba zu einer Anhörung begleiten. Foto: Laura Kleiner (PWS)

Weshalb wurde denn der Prozess, der eigentlich im August 2018 hätte beginnen sollen, auf das Jahr 2021 verschoben?

Der offizielle Grund liegt wohl in noch offenen Untersuchungen. Es wurde jedoch kaum etwas darüber berichtet. In [Prozessen zur Vergangenheitsbewältigung](#) werden lange Verzögerungen mit ständigen Unterbrüchen durch das Einlegen von Rechtsmitteln genutzt, um die Erkrankung und Erschöpfung oder den Tod der ZeugInnen abzuwarten. So soll die Straflosigkeit für die ehemaligen hochrangigen Militärs, die nach wie vor indirekt an der Macht sind, garantiert werden.

Die Repression gegen Menschen- und LandrechtsverteidigerInnen hat sich im letzten halben Jahr nochmals verschärft, und angesichts der anti-rechtsstaatlichen Politik von Präsident Jimmy Morales wird über einen Putsch von oben spekuliert. Was geht da ab?

Meiner Meinung nach fühlt sich Jimmy Morales bedroht von der CICIG, die um eine Voruntersuchung für den Entzug der Immunität des Präsidenten ersuchte, nachdem sie bereits seinen Bruder und seinen Sohn gerichtlich verfolgt hatte. Während einige Personen über einen Putsch von oben spekulieren, wird die aktuelle Lage von Anderen bereits als solcher bezeichnet. Dies, weil die Regierung bereits jetzt die Gewaltentrennung nicht berücksichtigt, indem sie entgegen der Anordnung des Verfassungsgerichts – des höchsten Gerichts Guatemalas – handelt. Die Frage ist nun, wie die Bevölkerung darauf reagiert. Indigene Autoritäten, Menschenrechtsorganisationen und soziale Bewegungen haben sich bereits mit Pressemeldungen

und Demonstrationen für die CICIG und gegen den Präsidenten ausgesprochen. Im Vergleich zu 2015 ist die Mobilisierung jedoch viel kleiner.

Die Zunahme der Angriffe auf und Morde an sozialen Führungspersonen und MRV ist womöglich darauf zurückzuführen, dass durch Repression soziale Massenbewegungen, wie 2015 gegen den damaligen Präsidenten Pérez Molina, verhindert werden sollen.

Wie wirkt sich die politische Situation auf die von ACOGUATE begleiteten Organisationen und Gemeinschaften aus?

Die Organisationen, die wir begleiten, sind von der zunehmenden Kriminalisierung und Diffamierung betroffen. So nehmen diese zum Beispiel in der [«Resistencia Pacífica» in Ixquisis](#) (Departement Huehuetenango) zu. Das Wasserkraftunternehmen, gegen das sich die «Resistencia Pacífica» wehrt, führt eine soziale Spaltung in der Region herbei, indem es AnwohnerInnen dafür bezahlt, ihre NachbarInnen als gewalttätige Gruppe zu diffamieren und damit die soziale Bewegung zu delegitimieren.

In Corozal Arriba (Departement Zacapa) wiederum ist die Kriminalisierung auf lokaler Ebene offensichtlich: Sechs Gemeindeangehörige, darunter der indigene Führer und der Schatzmeister, wurden ohne jegliche Beweise für ihre angebliche Beteiligung an einem Mord zu sechs Jahren Haft [verurteilt](#). Zwar wurde der Fall von der Staatsanwaltschaft für Menschenrechte geführt, doch berücksichtigte diese mit keinem einzigen Wort, dass es sich bei den Angeklagten um indigene Führungspersonen handelt und zudem um eine Gemeinde, die sich in einem Rechtsstreit um ancestrale Landtitel befindet. Während vom Gericht die ZeugInnen der Verteidigung als unglaubwürdig abgetan wurden, gründet sich das ganze Urteil in einer Aussage einer Person, die vor Tatzeitpunkt weggerannt war, jedoch einen unbekanntem Anruf erhalten hatte, in dem gesagt wurde, dass eine Gruppe von Menschen das Opfer verfolgt und angeschrien hätte. Diese Person arbeitete zudem für die Finca-Besitzerin, die zugleich die zweite Zeugin ist – dies, obwohl wegen des Landrechtsstreits Feindschaft zwischen ihr und den Angeschuldigten besteht – und deren Zeugenaussage sich lediglich auf einen Anruf des ersten Zeugen bezieht.

Mit der Zunahme von Morden an sozialen Führungspersonen und der Straflosigkeit dafür sind die Organisationen, die wir begleiten, einem grösseren Risiko ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für Bewegungen wie die [GegnerInnen des Silberminenunternehmens «Minera San Rafael»](#), die sich in einer höchst angespannten und kontroversen Situation befinden. Dort sind enorme Geldsummen im Spiel und das Verfassungsgericht brauchte fast ein Jahr für die Urteilsfindung. Im Juli dieses Jahres, zwei Monate vor dem Gerichtsspruch, wurden zwei aktive Mitglieder der Widerstandsbewegung gegen die Mine «San Rafael» aus unklaren Gründen ermordet. Der Verfassungsgerichtsentscheid scheint einen Kompromiss darzustellen, dem Beispiel Oxec (zwei Wasserkraftprojekte im Departement Alta Verapaz) folgend: Es wird eine Volksbefragung unter der betroffenen Xinka-Bevölkerung durch das Ministerium für Energie und Bergbau angeordnet, «damit das Bergwerk seine Arbeit fortsetzen kann». Einerseits bleibt die Mine vorläufig weiterhin suspendiert, andererseits wird nicht festgehalten, dass das Bergwerk schliessen muss, die Bevölkerung sich dagegen entscheiden sollte. Von anderen sozialen Organisationen wurde ein Entscheid in diese Richtung erwartet. Er soll verhindern, dass die regionale Bevölkerung im Widerstand gegen die Mine sich auch gegen das Verfassungsgericht wendet und so die Regierung unterstützt, die gerade selbst gegen das Verfassungsgericht handelt.



Maya-Ch'orti'-Führungspersonen aus der Region Zacapa sind stark von Repression und Kriminalisierung betroffen. Im Bild Yesenia Onicia Martínez (Repräsentantin von Corozal Arriba), Elodia Castillo Vásquez (Präsidentin von COMUNDICH), Elfa Marina Escalante Vásquez und ihre Tochter Gloria. Foto: Laura Kleiner (PWS)

Von Rückschritten oder gar Angriffen auf Leib und Leben bedroht sind nicht nur Gemeinschaften und Organisationen an der Basis, sondern auch staatliche Behörden wie das Menschenrechtsprokurat. Was bedeutet das für die Menschenrechtssituation im Allgemeinen und die von ACOGUATE begleiteten Fälle im Besonderen?

Es bestätigt, dass sich der Staat von diesen Institutionen und Menschenrechtsorganisationen bedroht fühlt. Und es zeigt: Wenn selbst die menschenrechtliche Arbeit einer staatlichen Behörde angegriffen wird, ist die Situation für nichtstaatliche Organisationen noch viel schlimmer. Eine der wenigen staatlichen Instanzen, die den MRV zur Verfügung stehen und mit denen ACOGUATE in Kontakt ist, kann ihnen keinen Schutz garantieren, weil sie selber des Schutzes bedarf.

Gibt es nebst den äusserst besorgniserregenden auch hoffnungsvolle Entwicklungen in Guatemala?

Ja! Dazu gehören die Fortschritte in Bezug auf Anerkennung und Gerechtigkeitsfindung in Fällen von sexueller Gewalt während des Bürgerkriegs. Nach dem historischen Urteil vom Februar 2016 zur sexuellen Gewalt und Sklaverei im Fall Sepur Zarco wurden im Mai 2018 im Fall Molina Theissen vier hochrangige Militäranghörige für das gewaltsame Verschwindenlassen und für Vergewaltigung verurteilt. Es ist ein historischer Erfolg, dass jemand verurteilt wird für die Verantwortung für Vergewaltigungen, die andere, ihm untergeordnete Personen begangen haben. Auch von Mitgliedern der von ACOGUATE begleiteten Zeuginnen- und Zeugenorganisation AJR wird dieses Urteil als ermutigend und hoffnungsvoll für weitere Fälle erachtet. Im Juli dieses Jahres begann ein weiterer Prozess in einem Fall sexueller Gewalt, angeführt von 35 überlebenden Frauen, die ebenfalls von ACOGUATE begleitet werden.

Eine weitere positive Entwicklung im Zusammenhang mit unserer Arbeit ist die Zusammenarbeit verschiedener nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen zum Sichtbarmachen

von lokalen MRV. Dazu gehören die Verleihungen des [Preises von «Frontline Defenders» 2018](#) an die «Resistencia Pacífica» aus der Mikroregion Ixquisis und des [Alice Zachmann-Preises für MRV 2017](#) an [Elodia Castillo Vásquez](#), die Ch'orti'-Leaderin und Präsidentin der von ACOGUATE begleiteten Organisation COMUNDICH.

Auch die Arbeit des 2017 ernannten Menschenrechtsprokurators, Jordán Rodas, und sein Engagement gegen die Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit durch die Regierung sind als Fortschritt anzusehen. Damit geht aber, wie oben erwähnt, ein Risiko für ihn und seine MitarbeiterInnen einher.



Laura Kleiner (28) studierte Rechtswissenschaften, war von Anfang 2016 bis März 2018 als Menschenrechtsbegleiterin mit ACOGUATE in Guatemala im Einsatz – zuerst für PWS, danach für die schwedische Entsendeorganisation SweFOR – und übernahm danach für ein halbes Jahr aushilfsweise die Koordination der SweFOR-Freiwilligen bei ACOGUATE.